



Prüfungsordnung für die Durchführung der Gesellen- und Umschulungsprüfungen



Prüfungsordnung für die Durchführung von Gesellen- und Umschulungsprüfungen

der Handwerkskammer Mannheim
Rhein-Neckar-Odenwald

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt: Prüfungsausschüsse

§ 1	Errichtung	6
§ 2	Zusammensetzung und Berufung	7
§ 3	Ausschluss von der Mitwirkung	9
§ 4	Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung	11
§ 5	Geschäftsführung	11
§ 6	Verschwiegenheit	12

Zweiter Abschnitt: Vorbereitung der Prüfung

§ 7	Prüfungstermine	13
§ 8	Zulassungsvoraussetzungen für die Gesellen- und Umschulungsprüfung	13
§ 9	Zulassungsvoraussetzungen für die Gesellenprüfung in zwei zeitlich auseinander fallenden Teilen	14
§ 10	Zulassung von Absolventen schulischer und sonstiger Bildungsgänge	15
§ 11	Zulassungsvoraussetzungen in besonderen Fällen	16
§ 12	Zulassung zur Prüfung	17
§ 13	Entscheidung über die Zulassung	19

Dritter Abschnitt: Durchführung der Prüfung

§ 14	Prüfungsgegenstand	20
§ 15	Gliederung der Prüfung	20
§ 16	Besondere Verhältnisse behinderter Menschen	21
§ 17	Befreiung von vergleichbaren Prüfungsbestandteilen	21
§ 18	Prüfungsaufgaben	21
§ 19	Nichtöffentlichkeit	22
§ 20	Leitung, Aufsicht und Niederschrift	22
§ 21	Ausweisungspflicht und Belehrung	23
§ 22	Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße	23
§ 23	Rücktritt, Nichtteilnahme	24

Vierter Abschnitt: Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 24	Bewertungsschlüssel	25
§ 25	Bewertungsverfahren, Feststellung der Prüfungsergebnisse	26
§ 26	Ergebnisniederschrift, Mitteilung über Bestehen oder Nichtbestehen	27
§ 27	Prüfungszeugnis	28
§ 28	Bescheid über nicht bestandene Prüfung	29

Fünfter Abschnitt: Wiederholungsprüfung

§ 29	Wiederholungsprüfung	30
------	----------------------	----

Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 30	Kosten und Gebühren	31
§ 31	Rechtsbehelfsbelehrung	32
§ 32	Prüfungsunterlagen	32
§ 33	Prüfung von Zusatzqualifikationen	32
§ 34	Inkrafttreten	33

Anlage 1 34

Gemeinsame Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg und der Handwerkskammer Mannheim über die gemeinsame Durchführung der Schulabschlussprüfung und des schriftlichen Teils der Abschlussprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen gemäß § 31 Handwerksordnung bzw. § 34 BBiG

Anlage 2 38

Landeseinheitlicher Bewertungsschlüssel der Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald

Anlage 3 40

Berechnungsverfahren

Hinweis: Zur Erleichterung der Lesbarkeit wird in dieser Prüfungsordnung auf das Anführen der weiblichen Form verzichtet. Mit der männlichen Endung sind sowohl männliche als auch weibliche Personen gemeint.

Aufgrund der Beschlussempfehlung des Berufsbildungsausschusses vom 24. Oktober 2012 (124. Sitzung) und der Beschlussfassung der Vollversammlung vom 04. Dezember 2012 (110. Sitzung) gemäß den Richtlinien des Hauptausschusses des Bundesinstitutes für Berufsbildung vom 08. März 2007 erlässt die Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald als zuständige Stelle nach § 38 Abs. 1 Satz 1 und § 42 i Abs. 3 Satz 2 der Handwerksordnung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074) zuletzt geändert durch Artikel 33 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. S. 2854) die folgende Prüfungsordnung für die Durchführung von Gesellen- und Umschulungsprüfungen:

Erster Abschnitt: Prüfungsausschüsse

§ 1 Errichtung

- (1) Die Handwerkskammer errichtet für die Abnahme der Gesellen- und Umschulungsprüfungen Prüfungsausschüsse (§ 33 Abs. 1 Satz 1 HwO / § 42 i Abs. 3 Satz 1 HwO).
- (2) Für einen Ausbildungsberuf können bei Bedarf, insbesondere bei einer großen Anzahl von Prüfungsbewerbern und bei besonderen Anforderungen in der Ausbildungsordnung mehrere Prüfungsausschüsse errichtet werden.
- (3) Mehrere Handwerkskammern können bei einer von ihnen gemeinsame Prüfungsausschüsse errichten (§ 33 Abs. 1 Satz 2 HwO).
- (4) Die Handwerkskammer kann Innungen ermächtigen, Gesellenprüfungsausschüsse zu errichten, wenn die Leistungsfähigkeit der Innung die ordnungsgemäße Prüfungsabnahme sicherstellt (§ 33 Abs. 1 Satz 3 HwO). Diese gelten als für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft im Sinne dieser Prüfungsordnung.

- (5) Werden von einer Handwerksinnung Gesellenprüfungsausschüsse errichtet, so sind sie für die Abnahme der Gesellenprüfung aller Lehrlinge (Auszubildenden) der in der Handwerksinnung vertretenen Handwerke ihres Bezirks zuständig, soweit nicht die Handwerkskammer etwas anderes bestimmt (§ 33 Abs. 2 HwO).

§ 2 Zusammensetzung und Berufung

- (1) Der Prüfungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein (§ 34 Abs. 1 Satz 2 HwO).
- (2) In zulassungspflichtigen Handwerken müssen dem Prüfungsausschuss als Mitglieder Arbeitgeber oder Betriebsleiter und Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens ein Lehrer einer berufsbildenden Schule angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein (§ 34 Abs. 2 Satz 1, 1. Halbsatz und Satz 2 HwO).
- (3) In zulassungsfreien Handwerken oder handwerksähnlichen Gewerken müssen dem Prüfungsausschuss als Mitglieder Beauftragte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens ein Lehrer einer berufsbildenden Schule angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen Beauftragte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein (§ 34 Abs. 2 Satz 1, 2. Halbsatz und Satz 2 HwO).
- (4) Die Mitglieder werden für eine einheitliche Periode, längstens für fünf Jahre berufen oder gewählt (§ 34 Abs. 2 Satz 4 HwO).
- (5) In zulassungspflichtigen Handwerken müssen die Arbeitgeber die Meisterprüfung in dem entsprechenden Handwerk abgelegt haben oder zum Ausbilden berechtigt sein. Die Arbeitnehmer müssen die Gesellenprüfung in dem entsprechenden Handwerk oder eine ent-

sprechende Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 4 BBiG bestanden haben und in diesem Handwerk oder Gewerbe tätig sein. Arbeitnehmer, die eine entsprechende ausländische Befähigung erworben haben und handwerklich tätig sind, können in den Prüfungsausschuss berufen werden (§ 34 Absatz 3 HwO).

- (6) In zulassungsfreien Handwerken oder handwerksähnlichen Gewerben müssen die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Gesellenprüfung in dem entsprechenden Handwerk oder eine entsprechende Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 4 BBiG bestanden haben und in diesem Handwerk oder Gewerbe tätig sein. Arbeitnehmer, die eine entsprechende ausländische Befähigung erworben haben und handwerklich tätig sind, können in den Prüfungsausschuss berufen werden (§ 34 Absatz 3 HwO).
- (7) Die Arbeitnehmer und die Beauftragten der Arbeitnehmer der von der Handwerkskammer errichteten Prüfungsausschüsse werden auf Vorschlag der Mehrheit der Gesellenvertreter in der Vollversammlung der Handwerkskammer berufen (§ 34 Abs. 4 Satz 2 HwO).
- (8) Lehrer von berufsbildenden Schulen in den von der Handwerkskammer errichteten Prüfungsausschüssen werden im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle berufen (§ 34 Abs. 4 Satz 3 HwO).
- (9) Für die von der Handwerksinnung errichteten Prüfungsausschüsse werden die Arbeitgeber und die Beauftragten der Arbeitgeber von der Innungsversammlung, die Arbeitnehmer und die Beauftragten der Arbeitnehmer von dem Gesellenausschuss gewählt (§ 34 Abs. 5 Satz 1 HwO).

- (10) Lehrer einer berufsbildenden Schule in von der Handwerksinnung errichteten Prüfungsausschüssen werden im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle nach Anhörung der Handwerksinnung von der Handwerkskammer berufen (§ 34 Abs. 5 Satz 2 HwO).
- (11) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grunde abberufen werden (§ 34 Abs. 6 Satz 1 HwO).
- (12) Die Mitglieder haben Stellvertreter (§ 34 Abs. 2 Satz 3 HwO). Die Absätze 2 bis 11 gelten für sie entsprechend.
- (13) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuss ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Handwerkskammer mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird (§ 34 Abs. 7 HwO).
- (14) Von den Absätzen 2, 3 und 12 darf nur abgewichen werden, wenn andernfalls die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann (§ 34 Abs. 8 HwO).

§ 3 Ausschluss von der Mitwirkung

- (1) Bei der Zulassung und Prüfung dürfen Angehörige der Prüfungsbeerberer nicht mitwirken. Angehörige im Sinne des Satz 1 sind:
 1. Verlobte,
 2. Ehegatten,
 3. eingetragene Lebenspartner,
 4. Verwandte und Verschwägere gerader Linie,
 5. Geschwister,
 6. Kinder der Geschwister,

7. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
8. Geschwister der Eltern,
9. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die im Satz 2 aufgeführten Personen auch dann, wenn

1. in den Fällen der Nummern 2, 3, 4 und 7 die die Beziehung begründete Ehe oder die Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht;
2. in den Fällen der Nummern 4 bis 8 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist;
3. im Falle der Nummer 9 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.

- (2) Hält sich ein Prüfungsausschussmitglied nach Abs. 1 für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 gegeben sind, ist dies der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft, während der Prüfung der Prüfungsausschuss. Im letzteren Fall darf das betroffene Mitglied nicht mitwirken. Ausgeschlossene Personen dürfen bei der Beratung und Beschlussfassung nicht zugegen sein.
- (3) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Ausübung des Prüfungsamtes zu rechtfertigen, oder wird von einem Prüfling das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat die betroffene Person dies der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

- (4) Ausbilder des Prüflings sollen, soweit nicht besondere Umstände eine Mitwirkung zulassen oder erfordern, nicht mitwirken.
- (5) Wenn in den Fällen der Absätze 1 bis 3 eine ordnungsgemäße Besetzung des Prüfungsausschusses nicht möglich ist, kann die Handwerkskammer die Durchführung der Prüfung einem anderen oder einem gemeinsamen Prüfungsausschuss übertragen. Erforderlichenfalls kann eine andere Handwerkskammer ersucht werden, die Prüfung durchzuführen. Das gleiche gilt, wenn eine objektive Durchführung der Prüfung aus anderen Gründen nicht gewährleistet erscheint.

§ 4 Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung

- (1) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören (§ 35 Satz 1 und 2 HwO).
- (2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes den Ausschlag (§ 35 Satz 3 bis 5 HwO).

§ 5 Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung des Prüfungsausschusses liegt in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss bei der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft. Einladungen (Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung), Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse werden im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geregelt.

- (2) Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses sind die ordentlichen Mitglieder rechtzeitig einzuladen. Stellvertretende Mitglieder werden in geeigneter Weise unterrichtet. Kann ein Mitglied an einer Sitzung nicht teilnehmen, so soll es dies unverzüglich der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft mitteilen. Für ein verhindertes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied einzuladen, welches derselben Gruppe angehören soll.
- (3) Die Sitzungsprotokolle sind von der protokollführenden Person und dem Vorsitzenden zu unterzeichnen. § 26 Abs. 1 bleibt unberührt.

§ 6 Verschwiegenheit

Unbeschadet bestehender Informationspflichten, insbesondere gegenüber dem Berufsbildungsausschuss, haben die Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstige mit der Prüfung befassten Personen über alle Prüfungsvorgänge Verschwiegenheit gegenüber Dritten zu wahren.

Zweiter Abschnitt: Vorbereitung der Prüfung

§ 7 Prüfungstermine

- (1) Die Handwerkskammer bestimmt in der Regel zwei für die Durchführung der Prüfung maßgebende Zeiträume im Jahr. Diese Zeiträume sollen auf den Ablauf der Berufsausbildung und des Schuljahres abgestimmt sein. Die für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft setzt die einzelnen Prüfungstage fest.
- (2) Die Handwerkskammer gibt die Zeiträume im Sinne des Abs. 1 Satz 1 einschließlich der Anmeldefristen in geeigneter Weise öffentlich mindestens einen Monat vor Ablauf der Anmeldefrist bekannt. Wird die Anmeldefrist überschritten, kann die für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft die Annahme des Antrags verweigern.
- (3) Werden für schriftlich durchzuführende Prüfungsbereiche einheitliche überregionale Aufgaben verwendet, sind dafür entsprechende überregional abgestimmte Prüfungstage anzusetzen.

§ 8 Zulassungsvoraussetzungen für die Gesellen- und Umschulungsprüfung

- (1) Zur Gesellenprüfung ist zuzulassen (§ 36 Abs. 1 HwO),
 1. wer die Ausbildungszeit (einschließlich vorgeschriebener überbetrieblicher Unterweisungen) zurückgelegt hat oder wessen Ausbildungszeit nicht später als zwei Monate nach dem Prüfungstermin endet,

2. wer an vorgeschriebenen Zwischenprüfungen teilgenommen sowie vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise geführt hat und
 3. wessen Berufsausbildungsverhältnis in die Lehrlingsrolle eingetragen oder aus einem Grund nicht eingetragen ist, den weder der Lehrling (Auszubildende) noch dessen gesetzlicher Vertreter zu vertreten haben.
- (2) Behinderte Menschen sind zur Gesellenprüfung auch zuzulassen, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 2 und 3 nicht vorliegen (§ 42 I Abs. 2 Satz 2 HwO).
- (3) Die Zulassungsvoraussetzungen für die Umschulungsprüfung richten sich nach der Handwerksordnung §§ 42 e, 42 f.

§ 9 Zulassungsvoraussetzungen für die Gesellenprüfung in zwei zeitlich auseinander fallenden Teilen

- (1) Sofern die Gesellenprüfung in zwei zeitlich auseinander fallenden Teilen durchgeführt wird, ist über die Zulassung jeweils gesondert zu entscheiden (§ 36a Abs. 1 HwO).
- (2) Zum ersten Teil der Gesellenprüfung ist zuzulassen (§ 36a Abs. 2 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Nr. 2 und 3 HwO),
1. wer die in der Ausbildungsordnung vorgeschriebene, erforderliche Ausbildungszeit (einschließlich vorgeschriebener überbetrieblicher Unterweisungen) zurückgelegt hat,
 2. wer vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise geführt hat und
 3. wessen Berufsausbildungsverhältnis in die Lehrlingsrolle eingetragen oder aus einem Grund nicht eingetragen ist, den weder der

Lehrling (Auszubildende) noch dessen gesetzlicher Vertreter zu vertreten haben.

- (3) Zum zweiten Teil der Gesellenprüfung ist zuzulassen,
1. wer die Ausbildungszeit zurückgelegt hat oder wessen Ausbildungszeit nicht später als zwei Monate nach dem Prüfungstermin endet,
 2. wer am ersten Teil der Gesellenprüfung teilgenommen hat
 3. und wer die Voraussetzungen des Abs. 2 Nr. 2 und 3 erfüllt.

Dies gilt nicht, wenn der Lehrling (Auszubildende) aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, am ersten Teil der Gesellenprüfung nicht teilgenommen hat. In diesem Fall ist der erste Teil der Gesellenprüfung zusammen mit dem zweiten Teil abzulegen (§ 36a Abs. 3 HwO).

§ 10 Zulassung von Absolventen schulischer und sonstiger Bildungsgänge

Zur Gesellenprüfung ist ferner zuzulassen (§ 36 Abs. 2 HwO),

1. wer in einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist, wenn dieser Bildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Ein Bildungsgang entspricht der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, wenn er
 - a. nach Inhalt, Anforderung und zeitlichem Umfang der jeweiligen Ausbildungsordnung gleichwertig ist,
 - b. systematisch, insbesondere im Rahmen einer sachlichen und zeitlichen Gliederung durchgeführt wird und
 - c. durch Lernortkooperation einen angemessenen Anteil an fachpraktischer Ausbildung gewährleistet.

2. wer einen Bildungsgang absolviert hat, welcher nach der Rechtsverordnung eines Landes die Voraussetzungen nach Nummer 1 erfüllt.

§ 11 Zulassungsvoraussetzungen in besonderen Fällen

- (1) Der Lehrling (Auszubildende) kann nach Anhörung des Ausbildenden und der Berufsschule vor Ablauf seiner Ausbildungszeit zur Gesellenprüfung zugelassen werden, wenn seine Leistungen dies rechtfertigen (§ 37 Abs. 1 HwO).
- (2) Zur Gesellenprüfung ist auch zuzulassen, wer nachweist, dass er mindestens das Eineinhalbfache der Zeit, die als Ausbildungszeit vorgegeschrieben ist, in dem Beruf tätig gewesen ist, in dem die Prüfung abgelegt werden soll. Als Zeiten der Berufstätigkeit gelten auch Ausbildungszeiten in einem anderen, einschlägigen Ausbildungsberuf. Vom Nachweis der Mindestzeit nach Satz 1 kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft gemacht wird, dass der Bewerber die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigt. Ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland sind dabei zu berücksichtigen (§ 37 Abs. 2 HwO).
- (3) Soldaten auf Zeit und ehemalige Soldaten sind nach Abs. 2 Satz 3 zur Gesellenprüfung zuzulassen, wenn das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bestimmte Stelle bescheinigt, dass der Bewerber berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat, welche die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen (§ 37 Abs. 3 HwO).

§ 12 Zulassung zur Prüfung

- (1) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist durch die Lehrlinge (Auszubildenden) schriftlich nach den von der Handwerkskammer bestimmten Fristen und Formularen zu stellen. Die Lehrlinge (Auszubildenden) haben die Auszubildenden über die Antragstellung zu unterrichten.
- (2) In den Fällen der §§ 8 Abs. 3, 10 und 11 Abs. 2 und 3 ist der Antrag auf Zulassung zur Prüfung von den Prüfungsbewerbern einzureichen.
- (3) Örtlich zuständig für die Zulassung ist die für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft, in deren Bezirk
 1. in den Fällen der §§ 8, 9 und 11 Abs. 1 die Ausbildungs- oder Umschulungsstätte liegt,
 2. in den Fällen der §§ 10, 11 Abs. 2 und 3 der gewöhnliche Aufenthalt der Prüfungsbewerber liegt,
 3. in den Fällen des § 1 Abs. 3 der gemeinsame Prüfungsausschuss errichtet worden ist.
- (4) Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen:
 - a) in den Fällen der §§ 8 Abs. 1 und Abs. 2, 9 Abs. 3
 - Bescheinigung über die Teilnahme an vorgeschriebenen Zwischenprüfungen oder am ersten Teil der Gesellenprüfung,
 - Teilnahmebescheinigungen der vorgeschriebenen überbetrieblichen Unterweisungen,
 - vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise,
 - b) in den Fällen des § 9 Abs. 2
 - Teilnahmebescheinigungen der vorgeschriebenen überbetrieblichen Unterweisungen,
 - vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise,

- c) im Fall des § 11 Abs. 1
 - zusätzlich zu den Unterlagen nach a) oder b) das letzte Zeugnis oder eine aktuelle Leistungsbeurteilung der zuletzt besuchten berufsbildenden Schule,

 - d) in den Fällen des § 10
 - Bescheinigung über die Teilnahme an dem schulischen oder sonstigen Bildungsgangund in den Fällen des § 10 Nr. 1 zusätzlich
 - Bescheinigung über die Teilnahme an der fachpraktischen Ausbildung im Rahmen des schulischen oder sonstigen Bildungsganges,

 - e) in den Fällen des § 11 Abs. 2 Sätze 1 und 2
 - Tätigkeitsnachweis und ggf. Nachweis der Dauer der Berufsausbildung in dem oder in einem anderen einschlägigen Ausbildungsberuf und ggf. glaubhafte Darlegung über den Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit,

 - f) in den Fällen des § 11 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3
 - glaubhafte Darlegung über den Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit oder Bescheinigung über den Erwerb der beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten.
- (5) Für Wiederholungsprüfungen genügt die form- und fristgerechte Anmeldung zur Prüfung.

§ 13 Entscheidung über die Zulassung

- (1) Über die Zulassung zur Gesellen- und Umschulungsprüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Hält er die Zulassungsvoraussetzungen nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 37a Abs. 1 und § 42 i Abs. 3 Satz 2 HwO).
- (2) Sofern eine Umschulungsordnung (§ 42e HwO) oder eine Umschulungsprüfungsregelung (§ 42f HwO) der Handwerkskammer Zulassungsvoraussetzungen vorsieht, sind ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland zu berücksichtigen (§ 42h HwO).
- (3) Die Entscheidung über die Zulassung ist den Prüfungsbewerbern rechtzeitig unter Angabe des Prüfungstages und -ortes einschließlich der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel schriftlich mitzuteilen. Die Entscheidung über die Nichtzulassung ist dem Prüfungsbewerber schriftlich mit Begründung bekannt zu geben.
- (4) Die Zulassung kann von der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss bis zur Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses widerrufen werden, wenn sie aufgrund von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen wurde.

Dritter Abschnitt: Durchführung der Prüfung

§ 14 Prüfungsgegenstand

- (1) Durch die Gesellenprüfung ist festzustellen, ob der Prüfling die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat. In ihr soll der Prüfling nachweisen, dass er die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten beherrscht, die notwendigen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt und mit dem im Berufsschulunterricht zu vermittelnden, für die Berufsausbildung wesentlichen Lehrstoff vertraut ist. Die Ausbildungsordnung ist zugrunde zu legen (§ 32 HwO).
- (2) Der Gegenstand der Umschulungsprüfung ergibt sich aus der jeweiligen Umschulungsordnung oder Umschulungsprüfungsregelung der Handwerkskammer.
- (3) Sofern sich die Umschulungsordnung oder die Umschulungsprüfungsregelung der Handwerkskammer auf die Umschulung für einen anerkannten Ausbildungsberuf richtet, sind das Ausbildungsberufsbild, der Ausbildungsrahmenplan und die Prüfungsanforderungen zugrunde zu legen (§ 42 g HwO).
- (4) Die Prüfungssprache ist Deutsch soweit nicht die Ausbildungsordnung, die Umschulungsordnung oder die -prüfungsregelung der Handwerkskammer etwas anderes vorsieht.

§ 15 Gliederung der Prüfung

Die Gliederung der Prüfung richtet sich nach der Ausbildungsordnung oder der Umschulungsordnung oder -prüfungsregelung der Handwerkskammer.

§ 16 Besondere Verhältnisse behinderter Menschen

Bei der Durchführung der Prüfung sollen die besonderen Verhältnisse behinderter Menschen berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Dauer der Prüfung, die Zulassung von Hilfsmitteln und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen Dritter wie Gebärdensprachdolmetscher für hörbehinderte Menschen (§ 42 I Abs. 1 HwO). Die Art der Behinderung ist mit dem Antrag auf Zulassung zur Prüfung (§ 12) nachzuweisen.

§ 17 Befreiung von vergleichbaren Prüfungsbestandteilen

Bei der Prüfung ist der Prüfling auf Antrag von der Ablegung einzelner Prüfungsbestandteile durch die Handwerkskammer zu befreien, wenn er eine andere vergleichbare Prüfung vor einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Bildungseinrichtung oder vor einem staatlichen Prüfungsausschuss erfolgreich abgelegt hat und die Anmeldung zur Prüfung innerhalb von fünf Jahren nach der Bekanntgabe des Bestehens der anderen Prüfung erfolgt. Die Befreiung ist im Prüfungszeugnis zu vermerken.

§ 18 Prüfungsaufgaben

- (1) Der Prüfungsausschuss beschließt auf der Grundlage der Ausbildungsordnung oder der Umschulungsordnung oder -prüfungsregelung der Handwerkskammer die Prüfungsaufgaben.
- (2) Überregional oder von einem Aufgabenerstellungsausschuss bei der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft erstellte oder ausgewählte Aufgaben sind vom Prüfungsausschuss zu übernehmen, sofern diese Aufgaben von Gremien erstellt oder ausgewählt und beschlossen wurden, die entsprechend § 2 Abs. 2 oder Abs. 3 zusammengesetzt sind und die Handwerkskammer über die Übernahme entschieden hat.

- (3) Sind an einem Tag ausschließlich schriftliche Prüfungsleistungen zu erbringen, soll die Dauer der Prüfung 300 Minuten nicht überschreiten.
- (4) Die gemeinsame Durchführung der Schulabschlussprüfung und des schriftlichen Teils der Gesellenprüfung regelt eine Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Handwerkskammer (Anlage 1).

§ 19 Nichtöffentlichkeit

Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Vertreter der obersten Landesbehörden, der zuständigen Stelle sowie die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses der zuständigen Stelle können anwesend sein. Der Prüfungsausschuss kann im Einvernehmen mit der Handwerkskammer andere Personen als Gäste zulassen. An der Beratung über das Prüfungsergebnis im Sinne des § 25 Abs. 1 Satz 2 dürfen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses beteiligt sein.

§ 20 Leitung, Aufsicht und Niederschrift

- (1) Die Prüfung wird unter Leitung des Vorsitzenden vom gesamten Prüfungsausschuss unbeschadet der Regelungen in § 25 Abs. 2 und 3 abgenommen.
- (2) Die für die Prüfungsabnahme zuständige Körperschaft regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss die Aufsichtsführung, die sicherstellen soll, dass die Prüfungsleistungen selbstständig und nur mit erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln durchgeführt werden.
- (3) Über den Ablauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 21 Ausweispflicht und Belehrung

Die Prüflinge haben sich auf Verlangen des Vorsitzenden oder der Aufsichtsführung über ihre Person auszuweisen. Sie sind vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen, Rücktritt und Nichtteilnahme zu belehren.

§ 22 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße

- (1) Unternimmt es ein Prüfling, das Prüfungsergebnis durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen oder leistet er Beihilfe zu einer Täuschung oder einem Täuschungsversuch, liegt eine Täuschungshandlung vor.
- (2) Wird während der Prüfung festgestellt, dass ein Prüfling eine Täuschungshandlung begeht oder einen entsprechenden Verdacht hervorruft, ist der Sachverhalt von der Aufsichtsführung festzustellen und zu protokollieren. Der Prüfling setzt die Prüfung vorbehaltlich der Entscheidung des Prüfungsausschusses über die Täuschungshandlung fort.
- (3) Liegt eine Täuschungshandlung vor, wird die von der Täuschungshandlung betroffene Prüfungsleistung mit „ungenügend“ (= 0 Punkte) bewertet. In schweren Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann der Prüfungsausschuss den Prüfungsteil oder die gesamte Prüfung mit „ungenügend“ (= 0 Punkte) bewerten.
- (4) Behindert ein Prüfling durch sein Verhalten die Prüfung so, dass die Prüfung nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, ist er von der Teilnahme auszuschließen. Die Entscheidung hierüber kann von der Aufsichtsführung getroffen werden. Die endgültige Entscheidung

über die Folgen für den Prüfling hat der Prüfungsausschuss unverzüglich zu treffen. Abs. 3 gilt entsprechend. Gleiches gilt bei Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften.

- (5) Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses nach den Absätzen 3 und 4 ist der Prüfling zu hören.

§ 23 Rücktritt, Nichtteilnahme

- (1) Der Prüfling kann nach erfolgter Anmeldung vor Beginn der Prüfung durch schriftliche Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.
- (2) Versäumt der Prüfling einen Prüfungstermin, so werden bereits erbrachte selbstständige Prüfungsleistungen anerkannt, wenn ein wichtiger Grund für die Nichtteilnahme vorliegt. Selbstständige Prüfungsleistungen sind solche, die thematisch klar abgrenzbar und nicht auf eine andere Prüfungsleistung bezogen sind sowie eigenständig bewertet werden.
- (3) Erfolgt der Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder nimmt der Prüfling an der Prüfung nicht teil, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, so wird die Prüfung mit 0 Punkten bewertet.
- (4) Bei den zeitlich auseinander fallenden Teilen einer Gesellenprüfung gelten die Absätze 1 bis 3 für den jeweiligen Teil.
- (5) Der wichtige Grund ist unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Im Krankheitsfall ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes erforderlich.

Vierter Abschnitt: Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 24 Bewertungsschlüssel

Die Prüfungsleistungen sind wie folgt zu bewerten:

Eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung
= 100 – 92 Punkte = Note 1 = sehr gut

eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung
= unter 92 – 81 Punkte = Note 2 = gut

eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung
= unter 81 – 67 Punkte = Note 3 = befriedigend

eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen
noch entspricht
= unter 67 – 50 Punkte = Note 4 = ausreichend

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen
lässt, dass gewisse Grundkenntnisse noch vorhanden sind
= unter 50 – 30 Punkte = Note 5 = mangelhaft

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst
Grundkenntnisse fehlen
= unter 30 – 0 Punkte = Note 6 = ungenügend.

Der 100-Punkte-Schlüssel (Anlage 2) ist der Bewertung aller Prüfungsleistungen sowie der Ermittlung von Zwischen- und Gesamtergebnissen zugrunde zu legen.

Beim Ermitteln von Zwischen- und Gesamtergebnissen ist mit maximal zwei Dezimalstellen zu rechnen (siehe Anlage 3). Auf dem Prüfungszeugnis werden Ergebnisse von Prüfungsbereichen und das Gesamtergebnis in ganzen Zahlen ausgewiesen. Die Rundung von Dezimalwerten ist dabei ausgeschlossen.

§ 25 Bewertungsverfahren, Feststellung der Prüfungsergebnisse

- (1) Jede Prüfungsleistung ist von jedem Mitglied des Prüfungsausschusses selbstständig zu bewerten. Beschlüsse über die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen, der Prüfung insgesamt sowie über das Bestehen und Nichtbestehen der Gesellenprüfung werden vom Prüfungsausschuss gefasst. Bei der gemeinsamen Feststellung der Ergebnisse dienen die Einzelbewertungen der Prüfungsausschussmitglieder als Grundlage.
- (2) Zur Vorbereitung der Beschlussfassung nach Abs.1 kann der Vorsitzende mindestens zwei Mitglieder mit der Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen beauftragen. Die Beauftragten sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören. Die beauftragten Mitglieder dokumentieren die wesentlichen Abläufe und halten die für die Bewertung erheblichen Tatsachen fest (§ 35a Abs.2 und 3 HwO). Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Beschlussfassung nach Abs.1 nicht an die Einzelbewertungen der beauftragten Mitglieder gebunden.
- (3) Der Prüfungsausschuss kann zur Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen gutachterliche Stellungnahmen Dritter, insbesondere berufsbildender Schulen, einholen. Im Rahmen der Begutachtung sind die wesentlichen Abläufe zu dokumentieren und die für die Bewertung erheblichen Tatsachen festzu-

halten (§ 33 Abs.2 und 3 HwO). Die Beauftragung erfolgt nach den Verwaltungsgrundsätzen der Handwerkskammer. Personen, die nach § 3 von der Mitwirkung im Prüfungsausschuss auszuschließen sind, sollen nicht als Gutachter tätig werden.

§ 26 Ergebnisniederschrift, Mitteilung über Bestehen oder Nichtbestehen

- (1) Über die Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse ist eine Niederschrift auf den von der Handwerkskammer genehmigten Formularen zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft unverzüglich vorzulegen.
- (2) Dem Prüfling soll unmittelbar nach Feststellung des Gesamtergebnisses der Prüfung mitgeteilt werden, ob er die Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ hat. Hierüber erhält der Prüfling eine vom Vorsitzenden zu unterzeichnende Bescheinigung. Kann die Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht am Tag der letzten Prüfungsleistung getroffen werden, so hat der Prüfungsausschuss diese unverzüglich zu treffen und dem Prüfling mitzuteilen.
- (3) Sofern die Gesellenprüfung in zwei zeitlich auseinander fallenden Teilen durchgeführt wird, ist das Ergebnis der Prüfungsleistungen im ersten Teil der Gesellenprüfung dem Prüfling schriftlich mitzuteilen (§ 31 Abs. 2 Satz 2 HwO). Der erste Teil der Gesellenprüfung ist nicht eigenständig wiederholbar (§ 31 Abs. 1 Satz 3 HwO).
- (4) Dem Auszubildenden werden auf Verlangen die Ergebnisse der Zwischen- und Gesellenprüfung des Lehrlings (Auszubildenden) übermittelt (§ 31 Abs. 2 Satz 2 HwO).

§ 27 Prüfungszeugnis

- (1) Über die Prüfung erhält der Prüfling von der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft ein Zeugnis (§ 31 Abs.2 Satz 1 HwO). Der von der Handwerkskammer vorgeschriebene Vordruck ist zu verwenden.

- (2) Das Prüfungszeugnis enthält
 - die Bezeichnung „Prüfungszeugnis nach § 31 Abs.2 HwO“ oder „Prüfungszeugnis nach § 42 i Abs.3 in Verbindung mit § 31 Abs.2 HwO“,
 - die Personalien des Prüflings (Name, Vorname, Geburtsdatum),
 - die Bezeichnung des Ausbildungsberufs mit Fachrichtung oder prüfungsrelevantem Schwerpunkt. Weitere in der Ausbildungsordnung ausgewiesene prüfungsrelevante Differenzierungen können aufgeführt werden,
 - die Ergebnisse (Punkte) der Prüfungsbereiche und das Gesamtergebnis (Note), soweit ein solches in der Ausbildungsordnung vorgesehen ist,
 - das Datum des Bestehens der Prüfung,
 - die Namenswiedergaben (Faksimile) oder Unterschriften des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der beauftragten Person der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft mit Siegel.

Im Prüfungszeugnis können darüber hinaus die selbstständigen Prüfungsleistungen eines Prüfungsbereichs (§ 23 Abs.2 Satz 2) ohne Bewertung aufgeführt werden.

- (3) Dem Zeugnis ist auf Antrag des Lehrlings (Auszubildenden) eine englischsprachige und eine französischsprachige Übersetzung beizufügen. Auf Antrag des Lehrlings (Auszubildenden) kann das Ergebnis berufsschulischer Leistungsfeststellungen auf dem Zeugnis ausgewiesen werden (§ 31 Abs. 3 HwO).

§ 28 Bescheid über nicht bestandene Prüfung

- (1) Bei nicht bestandener Prüfung erhalten der Prüfling und seine gesetzlichen Vertreter von der für die Prüfungsabnahme zuständigen Körperschaft einen schriftlichen Bescheid. Darin ist anzugeben, welche Prüfungsleistungen in einer Wiederholungsprüfung nicht mehr wiederholt werden müssen (§ 29 Abs. 2 bis 3). Die von der Handwerkskammer vorgeschriebenen Formulare sind zu verwenden.
- (2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gemäß § 29 ist hinzuweisen.

Fünfter Abschnitt: Wiederholungsprüfung

§ 29 Wiederholungsprüfung

- (1) Eine nicht bestandene Gesellenprüfung kann zweimal wiederholt werden (§ 31 Abs.1 Satz 2 HwO). Es gelten die in der Wiederholungsprüfung erzielten Ergebnisse.
- (2) Hat der Prüfling bei nicht bestandener Prüfung in einer selbstständigen Prüfungsleistung (§ 23 Abs.2 Satz 2) mindestens ausreichende Leistungen erbracht, so ist dieser auf Antrag des Prüflings nicht zu wiederholen, sofern der Prüfling sich innerhalb von zwei Jahren – gerechnet vom Tage der Feststellung des Ergebnisses der nicht bestandenen Prüfung an – zur Wiederholungsprüfung anmeldet. Die Bewertung in einer selbstständigen Prüfungsleistung (§ 23 Abs.2 Satz 2) ist im Rahmen der Wiederholungsprüfung zu übernehmen.
- (3) Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungstermin (§ 7) wiederholt werden.

Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 30 Kosten und Gebühren

- (1) Die durch die Abnahme der Gesellenprüfung entstehenden Kosten trägt die Handwerkskammer. Sofern die Gesellenprüfung von dem Gesellenprüfungsausschuss einer Handwerksinnung abgenommen wird, trägt die Kosten die Handwerksinnung.
- (2) Für die Abnahme der Gesellenprüfung wird eine Gebühr nach Maßgabe der von der Handwerkskammer getroffenen Gebührenregelung erhoben. Gebührenschuldner ist für die Prüfungsteilnehmer mit Berufsausbildungsvertrag der Auszubildende. Für die Prüfung von Prüfungsteilnehmern, die nicht Lehrlinge (Auszubildende) sind, ist der Prüfungsteilnehmer selbst Gebührenschuldner. Die Gebühr ist mit dem Antrag auf Zulassung zur Gesellenprüfung zu entrichten.
- (3) Beantragt der Prüfungsteilnehmer aus berechtigten Gründen die Ablegung einer Einzelprüfung außerhalb des Prüfungstermins oder des Prüfungsortes, so sind die hierdurch entstehenden Mehrkosten vom Auszubildenden zu erstatten. Im Falle des Abs. 2 Satz 3 trägt der Prüfungsteilnehmer selbst die Mehrkosten. Über die voraussichtliche Höhe der Mehrkosten ist der Prüfungsteilnehmer rechtzeitig zu unterrichten.
- (4) Wird der Prüfungsbewerber nicht zugelassen oder tritt er vor Beginn der Gesellenprüfung zurück, so wird dem jeweiligen Gebührenschuldner die Prüfungsgebühr unter Abzug der entstandenen Kosten nach Maßgabe der von der Handwerkskammer getroffenen Gebührenre-

gelung erstattet. Ist die Gesellenprüfung nicht bestanden, so besteht kein Anspruch auf Erstattung der Prüfungsgebühr.

- (5) Die Handwerkskammer kann die Prüfungsgebühr ganz oder teilweise erlassen. Ist der Gesellenprüfungsausschuss bei der Innung errichtet, so ist die Entscheidung vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Obermeister zu treffen.

§ 31 Rechtsbehelfsbelehrung

Maßnahmen und Entscheidungen der Prüfungsausschüsse sind bei ihrer schriftlichen Bekanntgabe an den Prüfungsbewerber bzw. den Prüfling mit einer Rechtsbehelfsbelehrung gemäß § 70 VwGO zu versehen.

§ 32 Prüfungsunterlagen

Auf Antrag ist dem Prüfling binnen der gesetzlich vorgegebenen Frist zur Einlegung eines Rechtsbehelfs Einsicht in seine Prüfungsunterlagen zu gewähren. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind ein Jahr, die Niederschriften gemäß § 26 Abs. 1 10 Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Zugang des Prüfungsbescheides nach § 27 Abs. 1 bzw. § 28 Abs. 1. Der Ablauf der vorgenannten Fristen wird durch das Einlegen eines Rechtsmittels gehemmt.

§ 33 Prüfung von Zusatzqualifikationen

Die Vorschriften dieser Prüfungsordnung gelten entsprechend für die Abnahme von Prüfungen gem. § 39a HwO (Zusatzqualifikationsprüfungen). Das Ergebnis der Prüfung nach § 31 HwO bleibt unberührt.

§ 34 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tag der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Handwerkskammer in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Gesellen-/Umschulungsprüfungsordnung außer Kraft.

Präsident

Walter Tschischka

Hauptgeschäftsführer

Dieter Müller

Die Prüfungsordnung für die Durchführung von Gesellen- und Umschulungsprüfungen wurde gemäß § 106 Abs. 2 in Verbindung mit § 106 Abs. 1 Nr. 10 und 11 der HwO vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg mit Bescheid vom 09. April 2013, Aktenzeichen 8-4233.52/68 genehmigt.

Die Veröffentlichung in der Deutschen Handwerks Zeitung Nr. 18 / 2013 – Ausgabe Mannheim erfolgte am 27. September 2013.

Anlage 1

Vereinbarung

Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg und der Handwerkskammer Mannheim über die gemeinsame Durchführung der Schulabschlussprüfung und des schriftlichen Teils der Abschlussprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen gemäß § 31 Handwerksordnung bzw. § 34 BBiG.

Um die bestehende Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den Handwerkskammern in Baden-Württemberg zu erhalten und auszubauen und um eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Durchführung der Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen sicherzustellen, wird zwischen dem Kultusministerium und der Handwerkskammer Mannheim folgendes vereinbart:

1. Gemeinsame schriftliche Kenntnisprüfung

Die Berufsschulen und die Prüfungsausschüsse der Handwerkskammern und Innungen in Baden-Württemberg wirken bei der Abnahme der Schulabschlussprüfungen und des schriftlichen Teils der Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen zusammen. Es ist dabei anzustreben, dass in möglichst zahlreichen Berufen oder Berufsgruppen landes- oder bezirkseinheitliche Prüfungsaufgaben erstellt werden.

2. Gegenstand der Prüfung

Für die schriftliche Prüfung werden gemeinsame Prüfungsaufgaben gestellt. Den Prüfungsaufgaben ist der in der Berufsschule vermittelte Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist, sowie die Ausbildungsordnung zugrunde zu legen. Im Zusammenhang mit der gemeinsamen schriftlichen Prüfung können auch Prüfungsaufgaben gestellt werden, die nicht im Berufsschulunterricht vermittelte, nach der Ausbildungsordnung bzw. dem Ausbildungsberufsbild aber erforderliche Kenntnisse zum Gegenstand haben.

3. Erarbeitung gemeinsamer Prüfungsaufgaben

Gemeinsame Prüfungsaufgaben für die Abschlussprüfung und für die Schulabschlussprüfung werden von Fachausschüssen erarbeitet, die sich gemäß § 34 Abs. 2 HwO sowie zusätzlich so vielen Lehrern zusammensetzen, dass diese die Hälfte der Mitglieder stellen. Die Mitglieder gemäß § 34 Abs. 2 HwO werden von der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern in Baden-Württemberg im Benehmen mit den zuständigen Fachorganisationen und Gewerkschaften, die übrigen Mitglieder von der Kultusverwaltung berufen. Für Berufe bzw. Berufsgruppen, für die landeseinheitliche Prüfungsaufgaben erstellt werden sollen, werden Landesfachausschüsse, für alle übrigen Berufe Fachausschüsse, in der Regel für den Bezirk jedes Oberschulamtes, entsprechend Satz 1 gebildet. Soweit landes- oder bezirkseinheitliche Prüfungsaufgaben nicht erstellt werden, obliegt die Erarbeitung der Prüfungsaufgaben den Schulleitern im Einvernehmen mit den örtlich zuständigen Prüfungsausschüssen. Prüfungsaufgaben, denen der im Berufsschulunterricht vermittelte Lehrstoff nicht zugrunde liegt, werden ausschließlich von Fachausschüssen gemäß § 34 Abs. 2 HwO erarbeitet.

4. Prüfungstermine, organisatorische Abwicklung

Schriftliche Prüfungen werden in der Regel zwei Mal jährlich durchgeführt, und zwar im Sommer- und im Winterhalbjahr. Die organisatorische Abwicklung obliegt dem Leiter der zuständigen Berufsschule im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse haben nach Maßgabe der für sie geltenden Prüfungsordnung das Recht, den Prüfungen beizuwohnen und sich an der Aufsicht zu beteiligen. Vervielfältigung und Versand der Prüfungsaufgaben regeln der zuständige handwerkliche Fachverband und die Oberschulämter – bei den landeseinheitlichen Prüfungsaufgaben das Kultusministerium – durch Absprache.

Die Prüfungsaufgabenblätter erhalten links oben die Kennzeichnung „Abschlussprüfung der Berufsschule“ und rechts oben die Kennzeichnung „Ge-

sellenprüfung nach § 31 Handwerksordnung (Schriftlicher Teil)“ bzw. bei kaufmännischen Ausbildungsberufen „Abschlussprüfung der Handwerkskammer (Schriftlicher Teil)“.

5. Bewertung der Prüfungsleistungen

Für die Bewertung der Prüfungsleistungen im Rahmen der Schulabschlussprüfungen sind die Vorschriften der für diese geltende Prüfungsordnung maßgebend. Prüfungsleistungen aufgrund der Prüfungsaufgaben nach Ziffer 2 Satz 3 werden nicht bewertet. Im Rahmen der Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen bleibt die Bewertung der Prüfungsleistungen den gemäß § 33 HwO errichteten Prüfungsausschüssen vorbehalten. Um dies zu ermöglichen, übersenden die Berufsschulen den zuständigen Prüfungsausschüssen rechtzeitig vor dem Termin der mündlichen Prüfung die Prüfungsarbeiten sowie eine Liste mit den im Rahmen der Schulabschlussprüfung ermittelten Noten. Die Prüfungsarbeiten, die nicht den im Berufsschulunterricht vermittelten Lehrstoff zum Gegenstand haben, werden unbewertet übersandt.

Die Berufsschulen tragen dafür Sorge, dass die Prüfungsarbeiten, die sie nach Abschluss der mündlichen Prüfung zurückerhalten, mindestens für die Dauer von drei Jahren aufbewahrt und bei evtl. Widersprüchen gegen den Prüfungsbescheid auf Verlangen der zuständigen Handwerkskammer dieser vorübergehend überlassen werden.

6. Zulassung in besonderen Fällen

Von den Handwerkskammern zur Teilnahme an der Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zugelassenen Bewerber, die nicht Schüler einer Berufsschule sind und auch nicht das Abschlusszeugnis der Berufsschule erwerben wollen, nehmen an der gemeinsamen schriftlichen Prüfung teil, ohne dass es hierzu einer besonderen Zulassung durch die Berufsschule bedarf. Die Handwerkskammern teilen die Namen dieser Prüfungsteilnehmer rechtzeitig der zuständigen Berufsschule vor dem Termin für die schriftliche Kenntnisprüfung mit der Bemerkung mit, dass sie zur Abschlussprüfung zugelassen worden sind.

7. Bekanntmachung der Vereinbarung

Die Vereinbarung wird im Amtsblatt „Kultus und Unterricht“ und im Mitteilungsblatt der Handwerkskammer veröffentlicht.

8. Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am 19.04.1973 in Kraft.

9. Kündigung

Diese Vereinbarung kann von den Vertragsschließenden mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Kultusministerium
Baden-Württemberg

Handwerkskammer
Mannheim

Vorstehender Vereinbarung haben aufgrund von § 41 i.V.m. § 91 Abs.1 Ziffer 4 Handwerksordnung der Berufsbildungsausschuss gemäß § 44 Handwerksordnung am 14.11.1972 und die Vollversammlung gemäß § 106 Abs.1 Ziffer 8 Handwerksordnung am 29.11.1972 zugestimmt.

Die Vereinbarung wurde vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gemäß § 106 Abs.2 HwO mit Erlass vom 31.01.1973, Nr. 2574/283, genehmigt.

Anlage 2

Bewertungsschlüssel der Handwerkskammern in Baden-Württemberg

Note	Punkte	Noten ganze Noten	Verbale Notendefinition	
1,0	99 - 100	sehr gut	Eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung. = 100 - 92 Punkte = Note 1 = sehr gut	
1,1	97 - 98			
1,2	95 - 96			
1,3	93 - 94			
1,4	92			
1,5	91	gut	Eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung.	
1,6	90			
1,7	89			
1,8	88			
1,9	86 - 87			
2,0	85			
2,1	84			
2,2	83			
2,3	82			= unter 92 - 81 Punkte
2,4	81			= Note 2 = gut
2,5	80	befriedigend	Eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung.	
2,6	78 - 79			
2,7	77			
2,8	75 - 76			
2,9	74			
3,0	72 - 73			
3,1	71			
3,2	69 - 70			
3,3	68			= unter 81 - 67 Punkte
3,4	67			= Note 3 = befriedigend

Note	Punkte	Noten ganze Noten	Verbale Notendefinition	
3,5	65 - 66	ausreichend	Eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht.	
3,6	63 - 64			
3,7	62			
3,8	60 - 61			
3,9	58 - 59			
4,0	56 - 57			
4,1	55			
4,2	53 - 54			
4,3	51 - 52			= unter 67 - 50 Punkte
4,4	50	= Note 4 = ausreichend		
4,5	48 - 49	nicht bestanden	Eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind.	
4,6	46 - 47	mangelhaft		
4,7	44 - 45			
4,8	42 - 43			
4,9	39 - 41			
5,0	37 - 38			
5,1	35 - 36			
5,2	33 - 34			
5,3	31 - 32			= unter 50 - 30 Punkte
5,4	30		= Note 5 = mangelhaft	
5,5	29	nicht bestanden	Eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst Grundkenntnisse lückenhaft sind.	
5,6	23	ungenügend		
5,7	17			
5,8	12			
5,9	6			= unter 30 - 0 Punkte
6,0	0			= Note 6 = ungenügend

Bitte beachten: Bei der Umrechnung von Schulnoten in Punkte muss immer dann, wenn es mehrere Möglichkeiten gibt, die höchste Punktzahl verwendet werden (z.B. 3,0 = 73 Punkte).

Anlage 3

Berechnungsverfahren

im Sinne von § 24 Satz 3 der Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschluss- und Umschulungsprüfungen

Bei der Ermittlung der Prüfungsleistungen ist mit zwei Dezimalstellen nach dem Komma (ohne Rundungen) bis zum Endergebnis durchzurechnen

Beispiel (anhand einer gestreckten Gesellenprüfung)

Gesellenprüfung Teil 1

Prüfungsbereich	Punkte Teil 1
	85,45

Auf dem Zeugnis für Teil 1 ausgewiesene Punktzahl: 85 (keine Dezimalstellen)

Gesellenprüfung Teil 2

Prüfungsbereiche	Prüfungsergebnis		Gewichtung Faktor %	Punkte gewichtet	Wiederholen ankreuzen
	Sperrf.	Punkte			
Prüfungsbereich 1		96,85	45%	43,58	
Prüfungsbereich 2		76,00	10%	7,6	
Prüfungsbereich 3		56,00	10%	5,6	
Prüfungsbereich 4		66,00	10%	6,6	

$$= 75\% \quad = 63,38$$

			Ergebnis Teil 2 Summe gewichtet 75% = 63,38 Punkte $(63,38 \times 100) : 75$ 100% = 84,50 Punkte	84,50
--	--	--	---	-------

Auf dem Zeugnis für Teil 2 ausgewiesene Punktezahl: 84 (keine Dezimalstellen)

Gesamtergebnis Teil 1 und Teil 2	Teil 1 85,45 Punkte x 25% = 21,36 Punkte	Teil 1 + Teil 2 = 21,36 + 63,37 =	84,73 Punkte ges.
	Ergebnis Teil 2 84,50 Punkte x 75% = 63,37 Punkte		

Die Ergebnisse der Prüfungsbereiche werden auf dem Zeugnis als Note und ganze Punktzahl ausgewiesen. Dabei entfallen die zwei Dezimalstellen nach dem Komma (keine kaufmännische Rundungen).

Auf dem Zeugnis ausgewiesene Punktzahl gesamt: 84 (entspricht Note 2,1= gut)

Impressum:

Handwerkskammer Mannheim
Rhein-Neckar-Odenwald
B 1, 1-2
68159 Mannheim
Telefon 0621 18002-0
Telefax 0621 18002-199

info@hwk-mannheim.de
www.hwk-mannheim.de

Stand: März 2014 / 800